



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

D., E.: Aus München.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fühlt sich stark genug, etwaige Versuche von ein oder der andern Seite so kräftig zurückzuweisen, daß sie gewiß nicht wieder aufleben werden.

Wie ungemein aber diese Tumultversuche und der vorher gezeigte Terrorismus bei Lenkung der Wahlen den Republikanern in der öffentlichen Meinung geschadet haben, zeigt am deutlichsten das Resultat der Wahlen in das erwähnte Central-Comité zur Leitung der Wahlgeschäfte für das allgemeine Parlament. Gerade die Herren, welche dieselben am liebsten hineingebracht hätten, haben bisher die wenigsten Stimmen erhalten, so z. B. der erwähnte Dr. Zimmermann nur 251, Dr. Weisser, der Redacteur des „Beobachters“, 252, während die geringste Stimmenzahl der noch zum Eintritt berechtigten 971, die höchste aber 1667 ist.

W.

Aus München.

Die Kammer. — Die Wahlen für das Parlament. — Zwei Volksversammlungen gegen das Wahlgesetz. — Ausschließung der Studirenden, Arbeiter und Soldaten. — Polizeiwillkür und Spionage. — Ausweisung eines Schriftstellers. — Franz Trautmann gegen die Polizeidirection. — Allgemeine Gährung.

„Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben.“ Mit diesen Worten bezeichnet ein hiesiges Journal ganz richtig unsre gegenwärtige Kammer, die, unter dem alten Regime gewählt, keineswegs das Vertrauen des Volkes für sich hat, und doch weder auf ihre Auflösung dringt, noch durch rasche Förderung der Geschäfte dem Volke ihren guten Willen zu erkennen gibt. Man sieht deutlich, daß die ehemaligen Stimmführer am Ministertische sitzen oder für das deutsche Bundesparlament in Anspruch genommen sind. Die bevorstehenden Wahlen zu Legterem beschäftigen vorzüglich die hiesige Einwohnerschaft und zwei Volksversammlungen revidirten das vom Ministerium eingebrachte, sehr nach dem Alten riechende Wahlgesetz und brachten in Adressen ihre Forderungen an die Kammer, welche dieselben aber nicht besonders berücksichtigte, denn es ist wiederum nur derjenige wahlfähig, der dem Staate eine direkte Steuer entrichtet. Die Studirenden und ein großer Theil der Arbeiter sind demnach wieder nicht vertreten. Der Soldat darf sich wohl todt schießen lassen, aber seine Meinung über das Beste des Vaterlandes darf er nicht aussprechen. Sollte man nicht glauben, daß die Herren, welche beständig gegen die revolutionären Wühler deklamiren, selbst nach Kräften der Republik in die Hände arbeiten durch ihre halben Maßregeln? Wer hat denn in ganz Deutschland vor Allen hinter den Barrikaden gefochten und der neuen Zeit die Bahn gebrochen? Waren es nicht vorzüglich die Studenten und die Arbeiter, und sollen sie nochmals die Waffen zur Hand nehmen, um ihre vorenthaltenen Rechte zu wahren? Und es wird dazu kommen, wenn man auf diesem Wege fortwandelt.

Die Polizei fordert ebenfalls das Volk zu neuen Demonstrationen heraus. Ihr Spionirsystem geht so weit, daß sie Wirthe und Kellner vorladet und zu Denunciationen zwingen will, ja selbst ihre Unterbeamten zu Vaderern herabwürdigt. Daß von ihr ein freisinniger Schriftsteller aus Sachsen, der Dr. Rohaksch, ausgewiesen wird, ohne daß man ihm den Grund mittheilt, kann gar nicht mehr befremden, wenn man weiß, daß sie in Sachen der Presse selbst Ministerialreskripte verdreht und mißachtet. Viel Aufsehen hat deshalb eine Broschüre des gesinnungstüchtigen Schriftstellers Franz Trautmann gemacht, welche den Angriff der Münchener Polizeidirection auf die Freiheit der

Presse vom civil- und staatsrechtlichen Standpunkte aus beleuchtet und obengenannte Behörde der Verfassungsverletzung anlagt. Der Schriftsteller soll, wie es scheint, noch immer von der Polizei als vogelfrei behandelt werden, denn sie sucht jetzt die Verbreitung der geistigen Produkte zu hindern, da sie dieselben nicht mehr mit der Censurschere verstümmeln kann. Ein ungeheures Mißtrauen herrscht deshalb unter dem freisinnigen Theile der Bevölkerung und es ist nicht zu verkennen, daß die allgemeine Indignation sich auf irgend eine Weise Luft macht, wenn solchem Unwesen nicht bald gesteuert wird. —

E. D.

Aus Wien.

I.

Warum wir noch keine Presse haben. — Die Wiener Zeitung. — Die österreichische Zeitung. — Die Constitution von Hafner. — Sonntagsblätter, Theaterzeitung und Humorist.

Die periodische Presse Wiens ist erst am 15. März geboren worden. Wir können auch bei ihrer Beurtheilung durchaus nicht den Maßstab anlegen, den wir für etwas Fertiges, Gewordenes in Bereitschaft haben. Die Wiener periodische Presse hat bis jetzt noch durchaus keinen ausgesprochenen Charakter, sie ist in jeder Woche, ja beinahe an jedem Tage etwas Anderes. Vor den Märztagen hatte sie einen Charakter, eine Färbung, eine Stellung, eben so wie der Gefangene mit seinen Fesseln eine bestimmte entschiedene Gestalt ist. Man merkte ihr die Armenfündermiene, den Schergengeruch vollkommen an, und die Blätter, die aus Wiens periodischer Presse hervorgingen, mußte Jeder auch ohne Angabe des Namens, des Druckorts, mit Hinweglassung aller Beziehungen aber auch für nichts anders — als österreichische erkennen. Unter einem Stoß von Zeitungen und Zeitschriften hätte ich die Wiener herausgefunden. Es war etwas so entschieden Geistloses, Embryoartiges, unnachahmbar Bagatellenmäßiges darin, daß wer eine Woche lang sie gelesen, diesen Charakter nirgends und niemals an ihnen verkennen konnte.

Das hat aufgehört. Aber an die Stelle dieser Unbedeutendheit ist noch Nichts Bedeutendes getreten. Es mangelt vielleicht nicht an Kräften, Fähigkeiten, Talenten, die die Presse lenken und beherrschen könnten, aber es fehlt — das Lebenselement jeder freien Presse — die verschiedene politische Färbung, der Parteigeist. Bis jetzt gibt es in Oestreich gar keine politischen Parteien; es hat sich noch keine Opposition herausgebildet; man kann nicht von Conservativen und Liberalen sprechen; es gibt höchstens Reactionäre auf der einen Seite und vielleicht — aber nur in höchst geringer Anzahl — ein paar Republikaner. Auf dem Boden des constitutionellen Lebens selbst aber kann noch von keiner Parteiung die Rede sein, weil wir noch keine Constitution haben. Eben so wenig ist eine Opposition denkbar. Das Ministerium selbst ist kein constitutionelles, es sind durchweg Männer des alten Systems, die unter dem Einflusse desselben früher arbeiteten. Ein Kopfschütteln bei der einen oder andern Maßregel des früheren Cabinets — stempelt diese Männer noch nicht zu Ministern der neuen Zeit. Diese können erst aus dem Parlamente hervorgehen.

Darum hat sich auch die Presse noch keinen bedeutenden Einfluß zu verschaffen gewußt; das gesprochene Wort, die Versammlungen, tobendes lärmendes Auftreten haben